

Positionspapier

Radio und Fernsehen geht anders.

Holen wir den ORF ins 21. Jahrhundert

Ohne GIS. Ohne Parteipolitik. Mit Fokus auf öffentlich-rechtlichen Mehrwert.

(Stand: 22. Oktober 2016)

DER ORF IST GROSSE ÖSTERREICHISCHE GESCHICHTE – ZEIT, DAS NÄCHSTE KAPITEL ZU SCHREIBEN | Der Österreichische Rundfunk wurde im Jahr 1957 gegründet und war die darauffolgenden Jahrzehnte Rundfunkmonopolist. Noch immer ist er Österreichs größtes Medienunternehmen und steht bis heute für alle sichtbar unter dem parteipolitischen Einfluss - vor allem von SPÖ und ÖVP. Die jüngste Besetzung des ORF-Direktoriums und das damit von der Koalition verbundene Feilschen um eine rund 10%ige Erhöhung der GIS-Gebühren sind erschreckende Beispiele für den Umgang mit dem öffentlich-rechtlichen Unternehmen. In dieser Form hat der ORF keine Zukunft! Das Unternehmen gehört dringend ins 21. Jahrhundert geführt:

Seit den 50er Jahren hat sich die Medienwelt grundlegend verändert: Private Radio- und Fernsehstationen wurden auch in Österreich zugelassen, Internet und Digitalisierung brachten neue Medienportale, wie Youtube und Netflix, hervor. Information wird nun nicht mehr ausschließlich in Form von Morgenzeitung und Abendnachrichten konsumiert, sondern steht rund um die Uhr auf verschiedenen

Medienkanälen zur Verfügung und erreicht Konsument_innen verstärkt über deren soziale Netzwerke.

Allein der ORF hat sich nicht wesentlich verändert. Das Unternehmen verfolgt immer noch den Anspruch eines staatlichen Informationsmonopols, das personell, strukturell und finanziell dementsprechend üppig ausgestattet sein will. Dieser Anspruch bildet sich nicht nur in teuren föderalen Länderstudio-Strukturen ab¹ oder in hohen Sonderpensionszahlungen², sondern vor allem in der Tatsache, dass dem ORF in Form der GIS-Gebühren verpflichtende Beiträge aller Besitzer_innen von Radio- und TV-Empfangsgeräten für den Erhalt genannter Strukturen zufließen. Pro Jahr belaufen sich die so eingehobenen Mittel auf rund EUR 600 Millionen, die dem ORF neben seinen übrigen Einnahmen (z.B. aus der Werbung) zur Verfügung stehen.

Obwohl wie oben beschrieben, Information und Unterhaltung mittlerweile immer öfter auf anderen, nicht gebührengestützten Medienkanälen konsumiert werden, hält sich das GIS System des ORF mit maßgeblicher Unterstützung der SPÖVP Koalition unverändert und soll 2017 sogar um bis zu EUR 60 Millionen weiter aufgebläht werden.

DER ORF ERFÜLLT SEINEN AUFTRAG NICHT MEHR | Vielfältiger, kritischer Journalismus ist die Grundlage für eine vielfältige, kritische Meinungsbildung. Und die wiederum ist nicht weniger als eine zentrale Säule unserer Demokratie. Um diesen Meinungspluralismus herzustellen, braucht es auch die journalistische Aufarbeitung von Positionen und Inhalten, die nicht per se „mehrheitsfähig“ sind und daher auch nicht zwangsläufig von marktwirtschaftlich agierenden Medienunternehmen erarbeitet und wiedergegeben werden.

Diese Aufgabe wird dem ORF durch die Zuschreibung des „öffentlich-rechtlichen Kernauftrags“ per Gesetz übertragen.³ Jedoch erfüllt er diesen Auftrag nicht bzw. agiert er weit über diesen Auftrag hinaus.⁴ Der ORF gebiert sich wie ein öffentlich finanzierter Privatsender mit opulenten Strukturen und einer Programmierung, die weit von Medieninhalten, die einen gesellschaftlichen Mehrwert („Public Value“)

darstellen, entfernt ist. Stattdessen sendet der ORF stundenlang zugekaufte US-Serien und teure Sportereignisse ohne nationale Sportler_innen, die genauso gut von privaten Mitbewerbern ohne Gebührengeld ausgestrahlt werden könnten.

NEOS STEHEN ZU EINEM ERNEUERTEN ORF | Die Entwicklungen am Markt der elektronischen Medien zeigen: Quotenjagd und eine statische Infrastruktur eines Staatsfunks sind nicht mehr zeitgemäß und werden so nicht mehr gebraucht. Sehr wohl gibt es aber auch in Zukunft Inhalte, deren Produktion wie ein öffentliches Gut, zwar demokratisch erwünscht, aber oft nicht finanzierbar ist. Es besteht durchaus ein Risiko, diese gesellschaftliche Aufgabe vom Start weg alleine dem privaten Markt zu überlassen. Dieser Logik folgend setzt auch eine Medienförderung für journalistische Inhalte mit gesellschaftlichem Mehrwert für Privatmedien an. Diese Notwendigkeit der Förderung ist (noch) gegeben und bezieht natürlich auch den ORF mit ein. Daher fordern NEOS eine öffentlich-rechtliche Finanzierung. Dort wo es notwendig ist. Und nur dort.

NEOS will einen ORF, den es für unsere Demokratie braucht:

- **ORF mit Fokus auf gesellschaftlichen Mehrwert:** öffentlich-rechtlich und sonst nichts.
- **ORF ohne Parteipolitik:** raus mit den Parteien und raus mit der Politik
- **ORF ohne GIS:** Weg mit der GIS. Wir zahlen genug Steuern. Was es braucht, bekommt aus einem schlanken Bundesbudget.

DER NEUE ORF

(Grundkonzept)

Herausforderungen

Fehlender Fokus auf öffentlich-rechtliche Inhalte

Der ORF ist in großen Teilen noch immer in einer Zeit verhaftet, in der er – ohne Konkurrenz - als Rundfunkmonopolist auftreten konnte. Programme wie Ö3 und ORF1 belegen diesen „Fokus auf die Breite“. Der öffentlich-rechtliche ORF ist dadurch aber kein Public Value-Haus, das den Mangel an hochwertigem Journalismus im privaten Medienmarkt ausgleicht und somit *gesellschaftlichen Mehrwert* schafft, sondern konkurriert mit privaten Medienunternehmen bei der Programmgestaltung, um am privaten Werbemarkt zu reüssieren.

Politik und Parteien dominieren

Über sogenannte „Freundeskreise“ werden die Parlamentsfraktionen von SPÖ und ÖVP im ORF-Stiftungsrat repräsentiert. Dieser wählt alle fünf Jahre eine_n Generaldirektor_in und seine Direktor_innen. Damit sichern sich die alteingesessenen Parteien direkten Einfluss auf Strukturen und Posten.

Teuer, ineffizient und falscher Mitteleinsatz

Der ORF erhält jährlich rund 600 Mio. Euro an Rundfunkgebühren. Mittel, die aber nur zu einem Teil in die Produktion von „Public Value“-Inhalten fließen, da auch solche Inhalte produziert werden, die ebenso gut durch private Rundfunkanbieter abgedeckt werden könnten (zugekaufte Serien, Champions League-Übertragungen, etc.).

Der ORF trägt so nicht zuletzt zu einer konstanten ökonomischen Verzerrung des Medienmarktes bei, da er sich zusätzlich zu den Gebühren auch über den privaten Werbemarkt finanziert, aus dem er ein Viertel bis ein Drittel für sich lukriert.

Gleichzeitig fehlen laut Management des ORF 2017 ohne Gebührenerhöhung bis zu 100 Mio. Euro, um die Unternehmensfortführung in der aktuellen Struktur und Ausrichtung zu gewährleisten. Deswegen plant die Geschäftsführung einen Antrag auf Gebührenerhöhung i.H.v. zusätzliche 30 bis 60 Mio. Euro, über die der Stiftungsrat sodann zu entscheiden hat.

Das gesamte Finanzierungsmodell ist nicht zukunftsfit. Die Strukturen des ORF sind zu teuer. Ihre Finanzierung über (erhöhte) Rundfunkgebühren ist nicht mehr zeitgemäß und den Gebührenzahler_innen nicht mehr zumutbar.

Die Erhöhung der Rundfunkgebühren ist mit dem Argument der Wertanpassung nicht schlüssig zu rechtfertigen: Die Inflation der letzten zehn Jahre betrug ca. 20 Prozent. Die Einnahmen des ORF aus Gebühren stiegen jedoch um ca. 30 Prozent (u. a. durch eine steigende Zahl an Gebührenzahler_innen sowie einem Rückgang an Schwarzseher_innen). Der Wert der Gebühren wurden über eine breitere Basis – bei gleichbleibendem oder sogar sinkendem Angebot – somit jedenfalls mehr als abgesichert, ja sogar spürbar gesteigert. Eine nochmalige Erhöhung 2017 unter dem Titel Inflationsabgeltung ist daher klar abzulehnen.

Vision

Der ORF ist öffentlich-rechtlich. Sonst nichts.

Der ORF produziert jene öffentlich-rechtlichen relevanten Inhalte („Public Value“) mit gesellschaftlichem Mehrwert, die der freie Medienmarkt nicht anbieten kann oder will. Sonst nichts.

Der ORF ist in Zukunft kein Infrastrukturanbieter mehr, der eine Grundversorgung der Bevölkerung mit Radio und Fernsehen sicherstellt, sondern ein Public Value-Produzent, der journalistisch hochwertige Produkte kreiert. Diese werden auf einem breit aufgestellten Medienmarkt von mehreren Anbietern vertrieben. Jene Unternehmensbereiche, die für die Produktion nicht relevant sind (insbesondere solche Teile, die die Verbreitung über haben), müssen sich eigenständig finanziert auf dem Markt behaupten.

ORF ohne Parteipolitik. Gremiale und strukturelle Neuordnung.

Der ORF ist ein politisch unabhängiges Medienhaus, das dem öffentlich-rechtlichen Auftrag für Public Value-Produktionen verpflichtet ist. Politische „Freundeskreise“ als Eckpfeiler des Führungsgremiums gehören der Vergangenheit an.

ORF ohne GIS. Weg mit der Gebührenfinanzierung. Medienförderung Neu.

In Österreich herrscht weitgehend Übereinkunft, hochwertigen Journalismus, der gesellschaftlichen Mehrwert stiftet, mit Steuergeld zu fördern. Der ORF als Public Value-Medienhaus erhält, wie andere Medien auch, eine Inhalte-Förderung aus der Medienförderung Neu, die aus dem Budget finanziert wird. Auch die Finanzierung durch eine Haushaltsabgabe lehnen NEOS ab.

Maßnahmen

Gremienreform

Die Gremien des ORF werden neu organisiert: Der ORF wird strukturell ähnlich einer Aktiengesellschaft aufgestellt. Publikums- und Stiftungsrat werden durch zeitgemäße Governance-Strukturen ersetzt und nicht mehr von parteipolitischer Logik dominiert. Eine Eigentümer_innenversammlung – vergleichbar einer Hauptversammlung – setzt sich durch „ausgeloste Freiwillige“ (d. h. Personen aus der Bevölkerung) sowie Repräsentant_innen von Institutionen der Zivilgesellschaft und der Parlamentsparteien zusammen (pro Parlamentsklub mind. eine Person; jedenfalls stellen die Parteienvertreter_innen eine Minderheit dar). Die Eigentümer_innenversammlung wählt auf Basis von Ausschreibungen und Hearings einen Aufsichtsrat. Dieser bestellt einen Vorstand, der als Kollegialorgan aus mehreren Vorständen besteht, um nachhaltige Führungsqualität zu gewährleisten (inkl. einem/r Vorstandsvorsitzenden, jedoch ohne Einzelgeschäftsführung).

Strukturreform

Der ORF konzentriert sich rein auf die Produktion öffentlich-rechtlicher Inhalte (d.h. Inhalte mit gesellschaftlichem Mehrwert – sprich Public Value). Die Verbreitungsinfrastruktur wird schrittweise umgestaltet und laufend angepasst. Dabei wird sichergestellt, dass auch jener öffentlich-rechtliche Inhalt, der dem so genannten „Nischensegment“ zuzuordnen ist, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Der ORF wird langfristig zu einem Content-Lieferanten für alle Medienbetreiber – zu einem Journalismus-Produzenten für Inhalte mit gesellschaftlichem Mehrwert, die für rein am Markt orientierte Medienunternehmen vermutlich wirtschaftlich nicht produzierbar wären.

Unternehmensbereiche, die für die Public-Value-Produktion nicht relevant sind, werden in eine marktfähige Form übergeführt und müssen sich am Markt bewähren. Die Trennung der einzelnen Stufen in der Wertschöpfungskette des

bisher umfassend tätigen ORF verhindert die Diskriminierung Dritter bei der Verbreitung von Public Value-Inhalten.

Finanzierungsreform

Die Neugestaltung der ORF-Finanzierung erfolgt schrittweise durch eine Abschichtung der Rundfunkgebühren.

In einem ersten Schritt werden die ORF-Werbezeiten reduziert, um den freien Rundfunkmarkt zu stärken. Zudem erfolgt eine Reduktion der Rundfunk-Gebühren: Das Programmengelt wird in mehreren Schritten abgeschichtet, Landesabgaben und Gebühren werden gestrichen. In einem zweiten Schritt werden die Rundfunkgebühren gänzlich abgeschafft. Stattdessen wird der ORF zu einem Public Value-Medienhaus umgebaut, das über die Medienförderung Neu aus dem Bundesbudget finanziert wird. Dieser Budgetposten wird – analog zur Presseförderung und zu allen anderen Teilbudgets – im Rahmen des regulären Budgets durch das Parlament festgesetzt.

¹ Vgl. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2015/berichte/berichte_bund/Bund_2015_04.pdf

² Vgl. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2014/beratung/gesetzesbegutachtungen/Stellungnahme_Sonderpensionenbegrenzung.pdf

³ <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40119445>

⁴ <http://diepresse.com/home/kultur/medien/1298087/ORFGesetz-nicht-erfullt>